

SCHWEIZ

Vor 50 Jahren kam einer der größten Skandale der Schweizer Sozialgeschichte ans Licht: Das vermeintliche Hilfswerk »Für die Kinder der Landstrasse« nahm mit staatlicher Unterstützung Hunderten Familien ihre Kinder weg. Weil sie Jenische waren
VON WILLI WOTTRENG

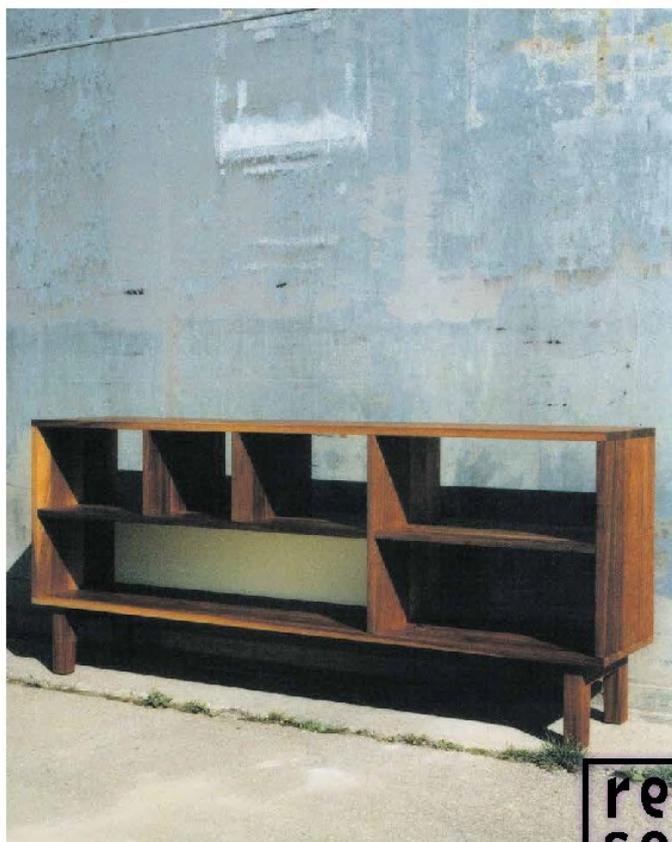


Eine jenesche Familie am Vierwaldstättersee bei Alpnachstad, aufgenommen 1944



Clemente Graff tanzt 1985 mit seiner Schwiegertochter Rosa Graff-Nobel an der Feckerchilbi in Gersau

Sie stahlen ihnen



Winterthur
Zürich Lochergut
Zürich am Hauptbahnhof

reseda.ch



Es war der Moment, da ein Vorhang riss. Der Vorhang der Biederkeit. Was in der Schweiz vor fünfzig Jahren ans Licht kam, hätten viele nicht für möglich gehalten: 1972 wurde bekannt, dass der Staat zusammen mit sogenannten Hilfswerken und Fürsorgebehörden Kinder in großer Zahl ihren Familien entzogen hatte, weil diese als Vaganten galten, weil sie Jenische waren – Angehörige einer wenig bekannten Volksgruppe, die man abwertend zu den »Zigeunern« zählte. 40.000 Menschen, so wird geschätzt, umfasst diese Bevölkerung heute in der Schweiz.

Clemente Graff war einer von ihnen. Als Journalist mit Beziehungen zu Jenischen hatte ich ihn kennengelernt und mich mit ihm angefreundet. Er war einer der Ältesten gewesen, die »weglaments«. Ohne Grund. Seine Familie war nicht etwa ohne Wohnsitz, sondern heimatberechtigt in der Gemeinde Cureggia bei Lugano mit einem eigenen Dach über dem Kopf. Aber sie zog im Dienst ihres Gewerbes der Kundschaft nach, als Korber- und Händlerfamilie. 1926. Als Clementes Familie in Agno am See mit ihrem Wohnwagen lagerte, in dem sie in der Saison ihrer Kundschaft nachreiste, kamen die Polizisten. So besagt es eine von verschiedenen Erzählungen über die Ereignisse. Der dreijährige Clemente wurde zusammen mit zwei Schwestern den Eltern weggenommen und einer Karriere als »Verdingkind« zugeführt, wie man in der Schweiz jene Kinder nannte, die bei fremden Menschen untergebracht wurden. Nach und nach erlitten drei weitere Geschwister dasselbe Schicksal.

Clemente war kein Waise, kein verwahrloster Bub gewesen. Er war ein Jenischer. Verantwortlich für die Kindswegnahmen zeichnete ein Mann bei der vom Staat unterstützten Stiftung Pro Juventute: Dr. Alfred Siegfried, von Beruf Lehrer und kurz zuvor wegen sexuellen Misbrauchs aus dem Schuldienst entlassen. Siegfried und die Stiftung Pro Juventute schufen Mitte der 1920er-Jahre ein »Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse«.

Dabei handelten sie mit Billigung des Staates und führender gesellschaftlicher Kreise. Als Stiftungsratspräsident wirkte ein Mitglied der schweizerischen Landesregierung, der Vorkonze des Justiz- und Polizeiparlamentes Heinrich Häberlin. Als Auftakt publizierte Siegfried am 13. Juni 1926 einen Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung*: »Es gibt in der Schweiz eine ganze Anzahl von

nomadisierenden Familien, die, in irgendeinem Graubündner oder Tessiner Dorfe heimatberechtigt, jahraus, jahrein das Land durchstreifen, Kessel und Körbe flickend, betelnd und wohl auch stehlend, wie es gerade kommt; daneben zahlreiche Kinder zeugend, um sie wiederum zu Vaganten, Trinkern und Dirnen heranwachsen zu lassen.«

Man behauptete, Kindswegnahme sei Kindstretung, und stützte sich auf das Zivilgesetzbuch, das bei Gefährdung der Kinder staatliche Zwangsmaßnahmen erlaubte. »Endlich sind wir zur Einsicht gekommen, es müsse trotz Geldmangel, trotz schlechten Erfahrungen, trotz Angst vor erblicher Anlage versucht werden, wenigstens die Kinder zu retten«, schrieb Siegfried. So wie die Verantwortlichen von Missionsschulen in Kanada argumentierten, es sei Kindstretung, wenn sie inländische Kinder von der Schulhausrück weg entführten, Hunderte Kilometer wegbrachten, ihnen die Haare schnitten, ihre Tänze verboten und ihnen Seife in den Mund legten, damit sie spüren sollten, wie schmutzig ihre Muttersprache sei.

Im Unterschied zu anderen fürsorglichen Zwangsmaßnahmen jener Jahrzehnte richtete sich die Aktion »Kinder der Landstrasse« gezielt gegen eine Volksgruppe: die Jenischen. Allein die Tatsache, dass Familien dieser Bevölkerung zugerechnet wurden, reichte zum gewaltsamen Einschreiten der Behörden. Meist wurden dann Begründungen wie »Vagantentum und sexuelle Haltlosigkeit der Eltern« hinzugefügt.

Eine der im Text anvisierten Familien waren die Graff. Clemente Graff wurde unter Vormundschaft gestellt als ein persönliches Mündel von Dr. Alfred Siegfried. Er kam in eine Pflegefamilie, anschließend in eine andere, dann lebte er in einem von Klosterfrauen geführten Heim, irgendwann in einem Knabenheim, später musste er bei Bauern arbeiten: »Ich wurde wie ein Mensch zweiter Klasse gehalten«, erzählt er bei einem unserer Treffen. Als er erwachsen wird, absolviert er zuerst einmal die Rekrutenschule im Dienst seiner Heimat, die ihm so übel mitgespielt hat.

Sein Geld verdient Clemente als Torfstecker. Eines Tags, wir schreiben das Jahr 1946, schreitet eine Hausiererin durch das Tor des Gartens, in dem er arbeitet. Er fragt sie aus, und sie entpuppt sich als Verwandte. Ober diese Zufallsbegegnung lernt er schließlich seine Mutter kennen, mit der er nie vertraut werden wird. Er findet weitere Familienmitglieder, kündigt seine Stelle und zieht zu ihnen. »Von da an blieb ich bei meinem Volk«, erzählte mir Clemente. Als Mündelvater Siegfried davon erfährt, taxiert er diesen

»Sie zeugen Kinder, die sie zu Vaganten, Trinkern und Dirnen heranwachsen lassen«

Alfred Siegfried
Gründer des Hilfswerks für die Kinder der



Eine Jenische Grossmutter zusammen mit einer Kinderschar in den 1980er Jahren

die Kinder

Fall als «völligen Misserfolg». Viele Menschen in der Schweiz stützen die Praxis der Kindswegnahmen und Versorgungen – bis 1972. Wobei es immer auch Widerstand gab, sowohl vonseiten der Eltern, die sich mit Briefen, Bittgängen und Einsparchen wehrten, wie von Erzieherinnen, die in diesen Kindern oft keine verwöhnten Wesen erkennen konnten. Ein hässchen ungebändigt, ein hässchen freibühnend waren manche vielleicht.

Die 68er-Bewegung schuf mit ihren Vorstellungen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung den Boden für ein Umdenken. Es wuchs die Einsicht ins Unrecht der ethnisch begründeten Zwangsmaßnahmen. Zu einem schockartigen Aufwachen führten schließlich die Artikel in der Zeitschrift *Beobachter*, die den Skandal um die gestohlenen Kinder mit all seinen Details ans Licht brachten.

Mehr als 600 Kinder waren durch die Pro Juventute ihren Familien entzogen worden. Hinzu kamen Kindswegnahmen durch kirchliche Werke, kommunale Behörden. Besonders scheinbar nannte sich eine katholische Stelle im Kanton Solothurn: «Seraphisches Liebeswerk».

Als der Skandal aufliegt, organisieren Jenische Mütter und Heimkinder mehrere Aufklärungs- und Widerstandsbewegungen, welche die Anerkennung des Unrechts fördern. Clemente ist einer von ihnen und wird in den Vorstand der «Radgenossenschaft der Landstrasse» gewählt, die heute noch die einflussreichste Vertreterin von Jenischen und Sintj in der Schweiz ist. Kräftig hilft er mit, den Karren vorwärtszubringen. Seine Tochter Genuevva ist später Radgenossenschaftspräsidentin geworden, erfüllt von der Energie und vom Zorn jener Generation von Müttern und Kindern.

Als seine Frau erkrankt, muss sich Clemente Graff eine neue Arbeit suchen, geht in die Maschinenindustrie von Baden und Zürich und steigt dort auf zum Werkmeister. Daneben spielt er Schwyzerörgeli, zeigt an jenseitigen Kulturveranstaltungen das traditionelle Handwerk des Korbens und lebt – was bleibt ihm anderes übrig? – seine Tage in scheinbarer Heiterkeit. Kaum merkt man ihm an, dass seine Jugend im Schoß einer Familie zerstört worden ist. Wo man ihn antrifft, ist seine Schwester Elisabeth nicht weit. Denn die Familie bleibt für viele dieser Ausgegrenzten die einzige Heimat und der einzige Rückzugsort, wo sie Vertrauen haben können.

Seine Freunde und Bekannten nannten Clemente «Zisli Frack»: Mit «Zisli» war ein Vorfahre gemeint, der Zeisig-Vogel fing, und «Frack» erinnerte an einen Pfarrer, der jenseitig einmal einen guten Anzug geschenkt hatte. Die Körbe, die Clemente fertigte, gehörten zu den schönsten, sagten viele. Er genoss den Respekt seiner wiedergefundenen Leute, die

ihn für seine Offenheit und sein Engagement schätzten. Als 1982 in Gersau am Vierwaldstättersee eine sogenannte «Feckerhiltis» stattfand – ein Kulturfest, das zugleich auch eine Art Landesgemeinde ist –, wurde er dort zum «Alvater» gewählt. Ein Titel, den es zu vor nicht gegeben hatte.

Clemente wollte, wie wohl viele Betroffene, nicht nur «Wiedergutmachungen», die ja nie möglich ist, sondern, dass das jenseitige Volk wieder aufläbe. Er hat nicht mehr erlebt, dass die Schweizer Landesregierung 2016 die Jenischen zusammen mit den Sintj als nationale Minderheiten anerkannte. Und er wäre glücklich gewesen, hätte er gesehen, wie derzeit jenseitige Aktivistinnen und Aktivistinnen in Deutschland, in Österreich, in Luxemburg, in Lothringen und im übrigen Frankreich sich bemerkbar machen, ihre Stimme erheben und von ihrer Kultur erzählen. Selbst ein Europäischer Rat der Jenischen hat sich gebildet, dem der Schreibende angehört. Der Rat stellt fest, dass die Jenischen eine transnationale Volksgruppe sind, und verlangt deren Anerkennung. Die österreichische Regierung will sich des Themas

annehmen. In ihrem Regierungsprogramm steht: «Prüfung der Anerkennung der jenseitigen Volksgruppe».

Eines hat Clemente Graff bis zu seinem Lebensende nicht erreicht. Im Verlauf seiner Stationen durch die Heime und bürgerlichen Wohnungen und durch alle die Stufen der Bürokratie wurde sein Name verändert. Das zweite «f» seines Namens kam ihm abhanden, sein offizieller Name lautete nun noch «Graff». Er empfand dies als eine Beraubung der persönlichsten Art. Bei einem unserer letzten Gespräche sagte er, dass er nicht mehr die Kraft habe, die Wiedererlangung seines Namens anzustreben. «Ich wollte nicht mehr kämpfen.»

Clementes Sohn und dessen jenseitige Frau aber kämpfen weiter, für ein Anliegen, das manche als unwichtig ansehen mögen: ihr schönes zweites «f» im Namen. Ich durfte sie dabei bei ihren Behördengängen unterstützen. «Bekanntlich kann eine Namensänderung die Änderung einer kulturellen Identität bedeuten», argumentierten wir gemeinsam. Nach zähem Monaten kam 2016 der Bescheid von den kantonalen Behörden in Lugano. Befriedigend. Seither heißt die ganze Familie wieder, wie sie immer geheißen hat: Graff.

Der Zürcher Journalist und Schriftsteller Willi Wottrung (73) ist beruflich und persönlich mit dem jenseitigen Volk verbunden. Seit 2014 ist er Geschäftsführer der Radgenossenschaft der Landstrasse, die sich für die Rechte der Jenischen und der Sintj in der Schweiz einsetzt. Zuletzt war ihm erschienen: *Jenische Reise*. Roman. Bilgerverlag, Zürich 2020

Es ist um militärische Hightech-Fantasterien, vergessen sogar die treuesten SVP-Politiker, was ihnen ihr Regimentskommandant aus Herrilber befahlen hat: den immerwährenden Kampf für die integrale, sprich die totale Neutralität.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine kippt in der Schweiz ein sicherheitspolitisches Tabu um andere. Die Schweizer Luftwaffe soll ihren Beitrag zur Sicherung des europäischen Himmels leisten, der Mitte-Präsident. Das Heer soll an Nato-Übungen teilnehmen können, meint sein FDP-Pendant. Sogar ein Beitritt zum Verteidigungsbündnis ist wieder denk- und öffentlich sagbar, übernommen haben das die Grünliberalen. Und angesichts des Todes und der Verwüstung, die russische Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper in der Ukraine verursachen, denken selbst SVP-Vertreter laut über einen «Kooperationsvertrag mit der Nato» nach, mit dem die Schweiz geschätzt werden könnte.

Ob ein solcher grenzüberschreitender «Iron Dome» militärstrategisch sinnvoll und technisch umsetzbar wäre, darüber schweigen sich die Sicherheitspolitiker aus. So oder so scheint seit dem Kriegbeginn eine neue Einigkeit darüber zu herrschen, dass die Schweiz militärisch auf- und zumindest umrüsten muss. Selbst das friedensbewegte Co-Präsidium der SP schreibt in einem programmatischen Gastbeitrag im *Zuger-Anzeiger* überraschend deutlich: «Die Abschaffung der Armee steht zurzeit nicht auf der Traktandenliste».

Irritierend ist dabei weniger, wie breit die neue Landesverteidigungs-Phalanx ist und wie schnell pazifistische Stimmen, auch bei der SP und den Grünen, verstummen oder zum Verstummen gebracht wurden. Irritierend ist vor allem, wie eng – gerade auf bürgerlicher Seite – die Schweiz mit dem Ausland verknüpft ist.

Klar, außer der SVP stellt keine Partei infrage, dass die Schweiz die Sanktionen der EU gegen Russland mitträgt. Mehr oder weniger zumindest. Und FDP-Außenminister Ignazio Cassis will selbst aus der eigenen Partei dafür kritisiert, dass sein Departement keine deutlichen Worte (Kriegsverbrechen) angesichts der

Massaker in Butscha gefunden hat. Sogar seine freisinnige Bundesratskollegin Karin Keller-Sutter widersprach ihm öffentlich.

Aber wenn es um die Fragen geht, welche Verantwortung die Schweiz für den Aufstieg Putins und seiner Clique hat und was sie über das Bisherige hinaus tun könnte, um Russland und seine imperialen Großmachtgelüste einzudämmen, verfallen die Bürgerlichen in altbekannte Muster. Sie wenden sich und rechtfertigen ihre Politik, mit möglichst niedrigen Steuern möglichst schnell möglichst viel Geld ins Land zu locken: «Es ging uns nicht darum, rei-

Personen nicht ausfindig machen: «Wir nehmen das nicht auf die leichte Schulter». Tags zuvor kritisierte der Mitte-Präsident Gerhard Pfister in der *Samsagrundschau* des Schweizer Radios, der Bundesrat und die Verwaltung hätten nicht verstanden, was es geschlagen habe: «Es ist wirklich Krieg.» Da könnten nicht einfach bestehende Verordnungen und Gesetze herangezogen werden. Aber als ein Postulat der Grünen den Bundesrat dazu auffordern wollte, er sollte dafür sorgen, dass auch nicht börsennotierte Unternehmen ihre Besitzverhältnisse offenlegen müssten – also auch die gigantischen Rohstoffkonzerne –, da stimmten der Zuger Nationalrat und mit ihm die bürgerliche Mehrheit dagegen. Pfisters Begründung: «Ich glaube, wir müssen aufhören, rein symbolisch zu agieren.»

Genau! Dazu müssten allerdings auch Pfister & Co. endlich mit ihrer Vergangenheit und einigen wirtschaftspolitischen Dogmen brechen. Gerade Pfisters Heimatkanton Zug verfolgt seit Jahrzehnten eine aggressive Standortpolitik. Die kantonalen Behörden und Regierungen dücken sich weg, wenn der Eindruck entsteht, ein Deal sei nicht ganz sauber oder ein Neuzuzüger umgebe sich mit dubiosen Freunden. «Es liegt doch nicht an uns, Polizei zu spielen und jede Firma abzukappern», bläffte SVP-Finanzdirektor Heitz Dänliker einen SRF-Reporter an, als dieser wissen wollte, ob der Kanton die Vermögenswerte des sanktionierten Oligarchen Andrej Melnytschenko eingefroren habe. Ein anderer Putin-Freund, Wiktor Wekberg, von dem USA inzwischen mit Sanktionen belegt, durfte am Zugerberg eine Eigentumswohnung erwerben, obschon dies in der Schweiz lediglich Ausländern erlaubt ist, die hier ihren Hauptwohnsitz haben. Die kantonale Innendirektorin, eine Grüne, bezweifelte das im Fall des russischen Milliardärs, unterlag aber vor Gericht gegen den Volkswirtschaftsdirektor, einen Freisinnigen.

Unweit der Oligarchen-Wohnung sprach übrigens Gerhard Pfister im Jahr 2013 vor dem Lions Club über das Erfolgsmodell ZUG. Sein Fazit: «Wir werden immer Prigdel gehalten, wenn in der Welt ein Ötänker abstaubt und dessen Firma Zuger Sitz hat. Wir werden immer die *bad guys* sein.»

Rollt den roten Teppich ein!

Meint es die Schweiz ernst mit ihrer Solidarität mit der Ukraine, Europa und dem Westen, muss sie ihr Geschäftsmodell überdenken

VON MATTHIAS DAUM

ANZEIGE

Libereco
Partnership for Human Rights

**Nothilfe Ukraine:
Danke für Ihre Spende!**

Spendenkonto
Libereco, 8000 Zürich
CH61 0900 0000 8579 2427 8

Via Twint spenden

Twint-App öffnen
QR-Code scannen
Spende erfassen

www.libereco.org/hilfsaktion